

INFORMATIONEN AUS ÖSTERREICH

Redaktionsschluss: 06. April 2016

Nr. 07/16

INNENPOLITIK

Flüchtlinge: Schnellverfahren in „Registrierzentren“
Gutachten: Gegen Kürzung bei Mindestsicherung für Flüchtlinge
„Panama“-Leaks: Faymann fordert rigorose Aufklärung
Budgetdefizit 2015 gesunken

EUROPA ■ INTERNATIONAL

Flüchtlinge: Österreich für einheitliche EU-Standards
Verteidigungsminister Doskozil in Griechenland und Mazedonien
InnenministerInnen-Treffen in Wien
CEDC-Treffen in Wien
Bundespräsident Fischer in Moskau
Außenminister Kurz in Washington

WIRTSCHAFT

Anstieg bei Arbeitslosigkeit, Arbeitskräftepotential und Beschäftigung
„Unternehmen für Familien“ feiert seinen 1. Geburtstag
Österreich setzt Recht auf eigenes Bankkonto um
Standard&Poor's Rating bestätigt erneut hohe Bonität der Republik

BILDUNG ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT

23,75 Millionen Euro für Bildungsförderung erleichtern Integration
Kommission sichert pädagogische Qualität an islamischen Schulen
WHO Studie überprüft Wohlergehen von Europas SchülerInnen
Lange Nacht der Forschung
Staatspreis Innovation 2016 verliehen

KULTUR

Amadeus Austrian Music Awards 2016
Zweite Ausgabe des MQ-Festival „Electric Spring“
Tiroler Theaterfestival Steudltenn
Frühlingsausstellungen in der Kunsthalle Krems
Eva Choung-Fux im MUSA
„Fürstenglanz“ im Winterpalais Belvedere
„Der ewige Kaiser“ - ÖNB illustriert Mythos-Bildung Franz Josephs I.

UMWELT ■ NACHHALTIGKEIT ■ TOURISMUS

Lebensmittelverschwendung 1: Initiative TafelBox
Lebensmittelverschwendung 2: Lkw-Verkehr
Umweltsiegel für „glyphosatfreie“ Gemeinden im Burgenland
„Seen on Earth“: Fotoschau im KunstHausWien zeigt Umweltzerstörung
Heimische Wälder dürften durch Klimaanpassung Gesicht verändern

IMPRESSUM

Medieninhaber (Verleger) und Hersteller: Bundeskanzleramt, Bundespressediens. 1014 Wien, Ballhausplatz 1. Redaktion:
Dr. Helmut Wahnout, Tel. ++43/1/53115-204154, Fax ++43/1/53115-204283, e-mail: helmut.wahnout@bka.gv.at; Versand: Ab-
teilung VII/3, Renate Gaida, Tel. ++43/1/53115-202613, Fax ++43/1/53109-202613, e-mail: renate.gaida@bka.gv.at;
<http://www.bundestkanzleramt.at>; Auszugsweiser Abdruck des Textes gestattet. Herausgegeben vom Bundespressediens-Wien.

INNENPOLITIK

Flüchtlinge: Schnellverfahren in „Registrierzentren“

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner und Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil haben nach Vorlage des Rechtsgutachtens zur Flüchtlingsobergrenze am 30. März eine Verschärfung des Asylrechts angekündigt. Künftig soll in einem Schnellverfahren direkt an der Grenze in „Registrierzentren“ abgeklärt werden, ob Kriterien für ein Asylverfahren vorliegen. Zudem sollen die Grenzkontrollen ausgeweitet werden.

Zum Asylverfahren zugelassen wird demnach nur, wer Familie in Österreich hat oder im Falle einer Abschiebung in Lebensgefahr gerät. In allen anderen Fällen sollen die Flüchtlinge in jenes Land zurückgeschickt werden, aus dem sie nach Österreich gekommen sind. Flüchtlinge, die illegal einreisen und den Asylantrag erst im Land stellen, sollen ebenfalls in ein grenznahe Registrierzentrum gebracht werden. In welches Nachbarland die Ausweisung dann erfolgt, wird erst entschieden.

Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner hoben positiv hervor, dass die national und europaweit gesetzten Maßnahmen zur Eindämmung der Flüchtlingsströme bereits Wirkung gezeigt und zu einer deutlichen Reduzierung der Flüchtlinge an Österreichs Grenzen geführt hätten. Allerdings sei mit einer Ausweichroute über das Mittelmeer und damit neuen Fluchtbewegungen über Italien nach Österreich zu rechnen. Gelöst werden könne das Problem aber nur über die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge an den Außengrenzen bzw. Hotspots, betonte Faymann einmal mehr.

Gutachten: Gegen Kürzung bei Mindestsicherung für Flüchtlinge

Seit 30. März liegt das Gutachten zu der von der ÖVP geforderten Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge vor. SPÖ-Sozialminister Alois Stöger sieht seinen Standpunkt darin bestätigt, denn die Expertise unterstreiche die bisherige – ablehnende – Rechtsansicht des Ministeriums. Schon davor hatte Stöger die Absichten der oberösterreichischen Landesregierung kritisiert, die Mindestsicherung für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte zu kürzen. Diese Pläne seien mit internationalem, österreichischem und europäischem Recht nicht vereinbar.

Laut Gutachter Robert Rebhahn verlangt die Statusrichtlinie der EU in Bezug auf Sozialhilfe und medizinische Versorgung bei Flüchtlin-

gen die Gleichbehandlung im Verhältnis zu StaatsbürgerInnen, in Bezug auf den Zugang zu Wohnraum und die Freizügigkeit im Aufnahmeland nur jene im Verhältnis zu Drittstaatsangehörigen. Bezüglich der Mindestsicherung ist für Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte die Gewährung von Sachleistungen wie für StaatsbürgerInnen zulässig. Auch Kürzungen bei „beharrlichem Verweigern“ von „Erwerbs- und Integrationsbemühungen“ sind in jenem Ausmaß erlaubt, wie das bezüglich Erwerbs- und Ausbildungsleistungen für Staatsangehörige gilt. Zur Residenzpflicht heißt es, diese sei „bei Vorhandensein eines migrationspolitischen Interesses“ zulässig. Als Sanktion ist eine Kürzung der Mindestsicherung erlaubt.

„Panama“-Leaks: Faymann fordert rigorose Aufklärung

Gegen Steuerbetrug und Geldwäsche müsse man vor allem international vorgehen, die heimischen Regeln seien jedoch ohnedies sehr streng, unterstrichen Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner nach dem Ministerrat am 5. April.

Den EU-Ländern würden rund 1.000 Mrd. Euro durch Steuerhinterziehung und Steuervermeidung entgehen. „Das einfach achselzuckend hinzunehmen, wäre unmoralisch und unredlich“ jenen gegenüber, die ihren Beitrag korrekt leisten, so Faymann. Diese „schreiende Ungerechtigkeit“ verlange beim Datenaustausch sowohl auf europäischer wie auch auf internationaler Ebene eine engere Zusammenarbeit, forderte der Bundeskanzler.

Die Regierung habe in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen zu mehr Transparenz umgesetzt. Österreich zähle „mittlerweile zu jenen Ländern, die im Kampf gegen Steuerbetrug international positiv auffallen“, so Faymann. Die Hintergründe zu „Panama“-Leaks müssten „rigoros“ aufgearbeitet werden.

In Österreich habe man bereits das Bankgeheimnis bei Geldwäschefällen abgeschafft, den OECD-Standard im Datenaustausch umgesetzt und Maßnahmen gegen aggressive Steuerplanung ergriffen.

Budgetdefizit 2015 gesunken

Das Budgetdefizit ist im Jahr 2015 auf 1,2 % des Bruttoinlandproduktes (BIP) bzw. 3,9 Mrd. Euro gesunken. Ohne die Ausgaben für das Bankenpaket wäre das Defizit bei nur 0,5 % gelegen, gab die Statistik Austria am 31. März bei der Präsentation der Öffentlichen Finanzen 2015 bekannt. Das sei der niedrigste Wert seit dem EU-Beitritt Österreichs.

EUROPA ■ INTERNATIONAL**Flüchtlinge: Österreich für einheitliche EU-Standards**

Die österreichische Bundesregierung drängt seit langem auf einheitliche EU-Standards in der Flüchtlingsfrage. Wichtig sei eine rasche Neuordnung des Dublin-Verfahrens, betonten Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner nach dem Ministerrat am 5. April. Das Dublin-System sei in der Flüchtlingskrise teilweise zusammengebrochen, weil die EU-Staaten die Flüchtlingsströme an die Nachbarländer „durchwinkten“. Die Regierungsspitze begrüße daher Verhandlungen über „Dublin neu“. Es brauche ein „gemeinsames Asylrecht in Europa“, so Faymann und: „Wenn wir die Aufteilung in Europa vornehmen wollen, dann verpflichtet das natürlich zu einer Harmonisierung in der Durchführung“. Derzeit funktioniere das System quasi als eine „Belohnung für Schleppermodelle“, sagte der Bundeskanzler. Das Türkei-Abkommen bezeichnete Faymann einmal mehr als keinesfalls „nachhaltige Lösung“ der Flüchtlingskrise.

Verteidigungsminister Doskozil in Griechenland und Mazedonien

Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil reist am 6. April zu Gesprächen über die Flüchtlingskrise nach Griechenland. Auf dem Programm steht u.a. ein Treffen mit seinem Amtskollegen Panos Kammenos. Danach geht es nach Mazedonien weiter, das seine Grenzen für Flüchtlinge geschlossen hält. Österreich will dem Land Nachtsichtgeräte für die Sicherung der Grenzen zur Verfügung stellen.

InnenministerInnen-Treffen in Wien

Die Flüchtlingsfrage stand am 5. April im Fokus eines Treffens der deutschsprachigen InnenministerInnen in Wien. Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hatte dazu ihre AmtskollegInnen aus Deutschland (Thomas de Maiziere), Liechtenstein (Thomas Zwiefelhofer), Luxemburg (Etienne Schneider) und der Schweiz (Simonetta Sommaruga) eingeladen. Neben der Zusammenarbeit im Bereich Migration wurden auch europäische Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus diskutiert. Dazu wurde unisono ein besserer Austausch von bereits vorhandenen Daten gefordert.

Bezüglich der von der EU-Kommission angeordneten Auslagerung nationaler Asylverfahren in EU-Kompetenz hielt Mikl-Leitner fest, dass diese nur langfristig umzusetzen sei.

Aufhorchen ließ der deutsche Innenminister de Maiziere mit dem Vorschlag für ein Flüchtlingsabkommen mit den nordafrikanischen Staaten ähnlich jenem mit der Türkei.

Laut Mikl-Leitner rechnet man für das Jahr 2016 mit rund 300.000 über die „zentrale Mittelmeerroute“ einreisenden Flüchtlingen. Primär gehe es daher um die Schaffung „legaler Migrationswege“.

CEDC-Treffen in Wien

Tenor der Beratungen bei einem von Österreichs Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil initiierten Treffen mit AmtskollegInnen aus Zentral- und Osteuropa (CEDC) am 1. April in Wien war: Die EU-Außengrenzen müssen effizienter geschützt, sämtliche Fluchtrouten dauerhaft geschlossen und Rückführungen von nicht aufenthaltsberechtigten Migranten „endlich“ angegangen werden. Deshalb will man beim nächsten EU-Verteidigungsrat am 18. April vor allem Druck für eine gemeinsame, zivil-militärische EU-Mission machen.

Bundespräsident Fischer in Moskau

Bundespräsident Heinz Fischer absolviert am 6. April einen Besuch in Moskau, wo er mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Premier Dmitri Medwedew zusammentrifft. Begleitet wird er von einer Kultur- und Wissenschaftsdelegation sowie von vier Regierungsmitgliedern, darunter Außenminister Sebastian Kurz, der zuvor in Washington mit US-Außenminister John Kerry konferierte.

Themen sind u.a. die bilateralen Beziehungen und der österreichische OSZE-Vorsitz 2017, der Ukraine- und der Syrien-Konflikt sowie die damit verbundene Flüchtlingskrise.

Österreich müsse sein Potenzial als neutrales Land nutzen, um eine Brückenrolle in Europa einzunehmen, erklärte Außenminister Kurz am 5. April – noch vor Fischers Ankunft in Moskau – nach einem Treffen mit seinen russischen Amtskollegen Sergej Lawrow .

Außenminister Kurz in Washington

Außenminister Sebastian Kurz ist am 4. April in Washington mit US-Außenminister John Kerry zusammengetroffen. Dabei zeigten sich die USA sehr an Österreichs Expertise zu den Themen Westbalkan, Migration und Integration interessiert. In Sachen Flüchtlingskrise attestierte Kerry Österreich eine „Führungsrolle“ bei der Schließung der Balkan-Route. Erörtert wurde auch der österreichische Vorsitz der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) im Jahr 2017 mit Fokus auf Anti-Terrormaßnahmen.

WIRTSCHAFT

Anstieg bei Arbeitslosigkeit, Arbeitskräftepotential und Beschäftigung

Ende März 2016 hat die Arbeitslosigkeit in Österreich die Zahl von 367.576 Personen erreicht. Somit sind gegenüber dem Vorjahr um 7.364 Personen mehr als arbeitslos vorgemerkt, das ist eine Zunahme von 2,0%. Inklusive der Personen in Schulungen beträgt die Zahl der Arbeitslosen 438.654. Im Vergleich zum Vorjahr sind das +10.135 bzw. +2,4%. Die nationale Arbeitslosenquote beläuft sich somit auf 9,4%, das ist ein Plus zum Vorjahr um 0,1 Prozentpunkte. Die Jugendarbeitslosigkeit bleibt weiterhin rückläufig und die Zahl der gemeldeten offenen Stellen liegt deutlich über dem Vorjahreswert. „Eine Entlastung des Arbeitsmarktes kann nur mit einer deutlichen investitionsfördernden Politik in ganz Europa erreicht werden“, bekräftigt Sozialminister Alois Stöger in einer ersten Analyse.

Das Arbeitskräftepotential liegt in Österreich Ende März mit 3,92 Millionen Personen um rund +56.000 über dem Niveau des Vorjahres.

„Unternehmen für Familien“ feiert seinen 1. Geburtstag

Anfang März 2015 wurde das Netzwerk „Unternehmen für Familien“ von Familienministerin Sophie Karmasin ins Leben gerufen. „Wir blicken auf ein sehr ereignisreiches Jahr zurück. Mehr als 200 Partner – Unternehmen, Gemeinden und Hochschulen – haben sich bereit erklärt, familienfreundliche Maßnahmen in ihren Bereichen umzusetzen. Mehr als 400.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren damit von Maßnahmen für mehr Familienfreundlichkeit. Mit großen Informationsveranstaltungen in den Bundesländern, einer Online-Plattform auf der sich die Personalverantwortlichen der Partner austauschen können und zahlreichen Vernetzungsterminen konnten wir – quer durch alle Branchen, quer durch alle Unternehmensgrößen und quer durch alle Bundesländer – ein breites Commitment für mehr Familienfreundlichkeit in Österreich erreichen. Denn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Anliegen unserer Zeit“, blickt die Ministerin auf die vergangenen 12 Monate zurück und freut sich besonders, dass mit der ÖBB Holding AG heute der 200. Partner im Netzwerk „Unternehmen für Familien“ begrüßt werden konnte. Auch insgesamt 14 Hochschulen und Fachschulen sind bereits Partner von „Unternehmen für Familien“. Besonders engagiert ist die

Technische Universität Wien: Sie bietet Maßnahmen wie Flexibilisierung, Pflegevereinbarungen über das gesetzlich Erforderliche hinaus, eigene Aufenthaltsbereiche für Kinder und Eltern, Ferienbetreuung, Vernetzungstreffen, Dual Career-Beratung und vieles mehr.

Österreich setzt Recht auf eigenes Bankkonto um

„150.000 Menschen in Österreich haben derzeit kein Bankkonto. Daher setzen wir nun mit dem Recht auf ein Basiskonto einen wichtigen Meilenstein im Konsumentenschutz um“, berichtet Sozialminister Alois Stöger. Der Ministerrat hat pünktlich am Weltverbrauchertag das Verbraucherzahlungskontogesetz (VZKG) verabschiedet, das neben dem Basiskonto auch einen „Bankenrechner“ vorsieht, der dann auch für alle anderen Kontotypen gilt. „Dadurch können die Entgelte der verschiedenen Banken übersichtlich verglichen werden. Das ist ein großer Schritt zu mehr Transparenz und Kundentreue“, so der Minister.

Laut der Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatungen sind 150.000 Personen in Österreich zurzeit ohne Konto. Sie haben nun ab 18. September 2016 das Recht auf ein Basiskonto, sofern sie über einen rechtmäßigen Aufenthalt in der EU verfügen. Damit wird eine EU-Richtlinie aus dem Jahr 2014 umgesetzt. Das Basiskonto hat alle „normalen“ Funktionen, darf aber nicht überzogen werden. Auch die Kosten sind begrenzt: Es kostet, je nach Bedürftigkeit, maximal 40 bzw. 80 Euro im Jahr.

Standard&Poor's Rating bestätigt erneut hohe Bonität der Republik

Standard&Poor's hat ein weiteres Mal die hohe Bonität und den stabilen Ausblick der Republik Österreich bestätigt. Das aktuelle Rating sieht hinsichtlich der anstehenden Entscheidungen in der Causa Heta keine Auswirkungen auf die ausgezeichneten Finanzierungskonditionen der Republik. Wie S&P in ihrem Bericht festhalten, spiegelt der stabile Ausblick die Erwartungen der Ratingagentur wider, dass es in den nächsten zwei Jahren zu keiner Ratingveränderung kommen wird.

Das ist für den Finanzplatz Österreich und Investoren ein Signal der Kontinuität und Stabilität.

Österreichs Reformbemühungen und Maßnahmen zur Stärkung des Wachstums werden als wirkungsvoll bestätigt. Die Herausforderungen für Österreich bleiben bestehen, dies bestärkt die Regierung in den Bemühungen zu weiteren Reformen.

BILDUNG ■ MEDIEN ■ WISSENSCHAFT**23,75 Millionen Euro für Bildungsförderung erleichtern Integration**

Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek ist über die nun genehmigten Mitteln aus dem Integrationstopf erfreut: „Die SprachförderlehrerInnen an den Pflichtschulen wurden um 208 Planstellen auf 650 Planstellen angehoben. Ich bin sehr froh darüber, dass die Länder das nötige Lehrpersonal bereits eingestellt haben.“

Auch die Etablierung von mobilen interkulturellen Teams, die die PädagogInnen an den Schulen vor allem bei der Kommunikation mit den Eltern unterstützen, ist vom Finanzministerium genehmigt. Die mobilen Teams können in den Ländern bedarfsgerecht und nach regionalen Gegebenheiten eingesetzt werden.

In der Erwachsenenbildung können nun ebenfalls zusätzliche 1.200 Plätze für Alphabetisierungskurse geschaffen werden. Diese bieten die Möglichkeit, die Jugendlichen aus den Kriegsgebieten zu alphabetisieren und an die geltenden Regeln des Zusammenlebens heranzuführen. Darüber hinaus fließen ab sofort rund zwei Millionen Euro zusätzlich in die bereits laufenden Übergangsstufen zur Qualifizierung für berufsbildende Schulen.

„Diese vier Maßnahmen tragen wesentlich dazu bei, die rund 10.000 Flüchtlingskinder gut in Schule und Gesellschaft zu integrieren und die LehrerInnen zu entlasten und zu unterstützen. Gleichzeitig kann so ein gemeinsames Lernen gut gelingen“, betont die Ministerin.

Kommission sichert pädagogische Qualität an islamischen Schulen

Ziel der neu eingerichteten Schul-Kommission ist es, die Qualität des Unterrichts an allen betroffenen Standorten sicherzustellen bzw. weiterzuentwickeln. Die Standorte in Wien werden von Beginn an in die Analyse miteinbezogen. Die Kommission wird ab sofort die Arbeit aufnehmen. In der ersten Sitzung Mitte April stehen die Inhalte und Rahmenbedingungen der Überprüfung im Fokus und es werden entsprechende Kriterien ausgearbeitet. In allen Schulen, unabhängig von ihrer weltanschaulichen Ausrichtung, müssen Schüler/innen befähigt werden, Verantwortung für sich selbst, die Mitmenschen, Umwelt und nachfolgenden Generationen zu übernehmen.

WHO Studie überprüft Wohlergehen von Europas SchülerInnen

Im Schuljahr 2013/14 nahmen 220.000 europäische SchülerInnen im Alter von 11 bis 15 Jahren an der WHO-Studie „Health Behaviour

in School-aged Children“ (HBSC). teil. „Die Daten der aktuellen HBSC-Studie zeigen mehr positive als negative Entwicklungen seit der letzten Erhebung 2009/10“, freut sich Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser. Österreichische SchülerInnen haben im Vergleich eine hohe Lebenszufriedenheit, geringere physische und psychische Beschwerden und ernähren sich gesünder als der europäische Durchschnitt. Allerdings beginnen österreichische SchülerInnen bereits sehr früh mit dem Rauchen und dem Alkoholkonsum. „Mit der im vergangenen Jahr gestarteten Anti-Rauch Initiative ‚Leb dein Leben. Ohne Rauch. YOLO!‘, eine Tabakpräventionsinitiative für 10- bis 14-Jährige, setzen wir genau hier an“, erklärt dazu die Ministerin. Insgesamt sind bei den 15-jährigen Mädchen und Burschen der Zigaretten- und Alkoholkonsum jedoch rückläufig.

<http://www.euro.who.int/en/hbsc-report-2016>

Lange Nacht der Forschung

Spitzenforschung zum Anfassen bietet die siebente Lange Nacht der Forschung (LNF16) am 22. April, wenn in allen neun Bundesländern gleichzeitig aktuelle Forschungsprojekte, neueste Erkenntnisse und Technologien präsentiert werden bei freiem Eintritt!

In der Kernzeit von 17 bis 23 Uhr öffnen vom Bodensee bis zum Neusiedlersee rund 250 Ausstellorte. An 2000 Stationen präsentieren Österreichs Forscherinnen und Forscher ihre Leistungen und ermuntern zum neugierigen Fragen und Mitmachen. Das Spektrum der Aussteller reicht von Universitäten, Pädagogischen Hochschulen und Fachhochschulen sowie außeruniversitären Forschungsinstitutionen über Industrie und Infrastrukturbetreiber, Krankenhäuser und Schulen bis zu innovativen, forschenden Einzelunternehmen.

Staatspreis Innovation 2016 verliehen

Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner überreichte die Auszeichnung dem steirischen Unternehmen ams AG für die Entwicklung einer optischen Sensorfamilie für berührungslose Gestenerkennung. Die Sensoren sind in der Lage, 13 verschiedene Gesten in acht unterschiedliche Richtungen zu erfassen. Winzige Chips messen Faktoren wie Umgebungslicht, Farbe und Näherung und generieren daraus Muster. So können tragbare Geräte wie Handys Objekte erkennen oder ihre Bildschirmhelligkeit exakter anpassen und für Telefonate das Display deaktivieren. Das vergleichsweise kleine Bauteil erlaubt zudem den Einsatz größerer Bildschirme und einen geringeren Energieverbrauch.

KULTUR**Amadeus Austrian Music Awards 2016**

Am 3. April wurde bei der von Manuel Rubey und Arabella Kiesbauer moderierten Gala im Wiener Volkstheater das Geheimnis um die Gewinner der zum 16. Mal verliehenen Preise in 18 Kategorien gelüftet: Die Wiener Indie-Band Wanda konnte gleich drei Kategorien für sich entscheiden – Band des Jahres, Pop/Rock sowie bester Live-Act. Bilderbuch lieferte mit „Schick Schock“ das Album des Jahres ab und erhielt dafür auch den Tonstudiopreis, Seiler & Speer wurden für den Song des Jahres („Ham kummt“) sowie als Songwriter des Jahres ausgezeichnet. Als Künstler und Künstlerin des Jahres dürfen sich Hubert von Goisern und Conchita fühlen. Marcus Füreder alias Parovoz Stelar gewann zum vierten Mal die Kategorie Electronic/Dance, während Rapper Skero zum dritten Mal den Hip-Hop/Urban-Preis entgegennahm. Den besten Alternative-Sound lieferte der Nino aus Wien, bei Hard & Heavy setzten sich Turbobobier durch. Norbert Schneider war in der Sparte Jazz/World/Blues erfolgreich, beim Schlager waren es die Seer und in der Volksmusik Andreas Gabalier. Bereits einen Monat zuvor stand die Band Schmieds Puls (bestehend aus Mira Lu Kovacs, Christian Grobauer und Walter Singer) als Preisträger des FM4-Awards fest. Die CD „I care a little less about everything now“ wird als eines der besten heimischen Alben 2015 gelobt. Marianne Mendt wurde für ihr Lebenswerk geehrt.

Zweite Ausgabe des MQ-Festival „Electric Spring“

Mit dem Frühling hält die zweite Auflage des Elektronik-Festivals „Electric Spring,, Einzug ins Wiener Museumsquartier. Von 8. bis 9. April bietet das von Musikjournalistin Katharina Seidler (FM4, Falter) kuratierte und in Kooperation mit der Stadt Wien veranstaltete Event sowohl Auftritte populärer und herausragender Künstler der österreichischen Elektronik-Musikszene als auch experimentelle Klänge. Eröffnungskonzerte im MQ-Hauptthof an beiden Festivaltagen führen in das folgende Programm. Heuer werden die experimentelleren Ecken der Clubmusik an den Schnittstellen zu Noise oder Jazz beleuchtet, wobei Co-Hosts und Kollektive auf den einzelnen Bühnen eingebunden werden. Vorgesehen ist, dass nach der Eröffnung durch Kids n Cats der Rapper Crack Ignaz das Album „Geld Leben“ präsentiert. Am zweiten Tag wird Popavantgardistin Maja Osojnik mit Patrick Wurzwallner „Let them grow“ vorstellen. Es folgt Jazz-

Elektronik von Sixtus Preiss mit Band. Locations sind auch Kunsthalle, Cafe Leopold oder die Hofstallungen, wo DJ-Musik, Visuals und Performances für Partystimmung sorgen.

Tiroler Theaterfestival Steudltenn

Das 6. Theaterfestival Steudltenn im Zillertaler Ort Uderns von 11. April bis 2. Juli will das Publikum dazu anregen, eine lebenswerte Zukunft mitzugestalten. Eröffnet wird mit einer frei zugänglichen Installation zum Thema Demokratie: Verschiedene innovative Autoren werden in auf dem Areal platzierten Kabinen neuartige Konzepte zur Rettung der Welt vorstellen, über die die Besucher abstimmen können. Im abwechslungsreichen Programm finden sich zudem viele Eigenproduktionen und drei Uraufführungen, darunter am 20. April die Komödie „Oliver 2.0“ von Folke Braband in der Inszenierung von Festival-Macher Hakon Hirzenberger, in der der virtuelle Mensch thematisiert wird. Dieses Thema, aber auch Fragen der Identität, Freiheit und Realität greift das Gastspiel von Theater Rakete „No Man's Land“ von Roel Adam auf. Das Figurentheater von Nikolaus Habjan bringt im Mai „Herr Karl“ von Helmut Qualtinger und Carl Merz aus dem Jahr 1961. Es folgt Franz Kafkas „Bericht für eine Akademie“ – ein Highlight mit Felix Mitterer in der Rolle des tanzenden und singenden Affen, der von seiner Menschwerdung berichtet. Für musikalische Unterhaltung sorgen auch Franz Posch mit „Mei liabste Zillertaler Weis“ und die „Neuen Wiener Concert Schrammeln“. Weiter treten Ernst und Christoph Grisseemann, Oliver Baier mit seinem Programm „Schlager Schlachtung“ und Roland Düringer mit „Weltfremd“ auf.

www.steudltenn.com

Frühlingsausstellungen in der Kunsthalle Krems

Die Kunsthalle Krems präsentiert – in Kooperation mit dem donaufestival und den Wiener Festwochen 2017 – das raumgreifende installative Projekt „Saint Genet. Who With Their Fear Is Put Beside Their Part“. Mit dem Konzeptkünstler und Regisseur Derrick Ryan Claude Mitchell aus Seattle (USA), der mit Ben Zamora und Casey Curran das Künstlerkollektiv Saint Genet bildet, arbeitete man bereits 2010 und 2013 in Krems zusammen. Der Installation von schwebenden Leuchtstoffröhren und surrealen Skulpturen schließt sich im April im Rahmen des donaufestivals eine Performance an. Der dritte Teil des Projekts wird voraussichtlich bei der Eröffnung der Wiener Festwochen 2017 präsentiert.

Die Schau „ABSTRAKT - SPATIAL. Malerei im Raum“ zeigt die Positionen der zwölf Kunstschaffenden Ernst Caramelle, Heinrich Dunst, Herbert Hinteregger, Luisa Kasalicky, Michael Kienzer, Ingo Nussbaumer, Helga Philipp, Gerwald Rockenschaub, Peter Sandbichler, Esther Stocker, Sofie Thorsen und Heimo Zobernig, wobei der Raumbezug und abstrakt-geometrische Formen gemeinsame Elemente bilden. Die Personale „Stefan Sandner. Farben“ präsentiert bis 19. Juni großformatigen Werke von Stefan Sandner (*1968), in denen sich Schrift, Sprache und Farbe begegnen. Nach dem Ende der Frühjahrsausstellungen schließt die Kunsthalle Krems für ein Jahr, um Sanierungen und Umbauarbeiten durchzuführen, ehe das Haus unter dem neuen künstlerischen Leiter Florian Steininger wieder eröffnet. Tomas Zierhofer-Kin verabschiedet sich nach zwölf Jahren und wird ab 2017 die Wiener Festwochen leiten. www.kunsthalle.at

Eva Choung-Fux im MUSA

Das MUSA Museum Startgalerie Artothek präsentiert in der von Elma Choung, Berthold Ecker und Dieter Ronte kuratierten Ausstellung „Eva Choung-Fux. Nach dem Ende der Welt.“ bis 11. Juni das Lebenswerk der 1935 in Wien geborenen Künstlerin. Es handelt sich um die erste Retrospektive, zudem war Eva Choung-Fux auch die erste Unterrichtende für künstlerische Fotografie an der Akademie für angewandte Kunst. In ihrem engagierten Schaffen, das sich gegen gesellschaftliche Missstände richtet, bilden Literatur und Poesie in Form von Textüberlagerungen und skripturaler Abstraktion eine wichtige Konstante, bedeutend aber auch ihr Bezug zur asiatischen Kultur. 2012 übergab Choung-Fux den Großteil ihres Hauptwerks an die Sammlung zeitgenössischer Kunst der Kulturabteilung der Stadt Wien.

„Fürstenglanz“ im Winterpalais Belvedere

Kunst als Machtbeweis und Marketing-Werkzeug der Barockzeit thematisiert die Ausstellung „Fürstenglanz - Die Macht der Pracht“ im Winterpalais des Belvedere bis 26. Juni. Es war das gängige Verständnis des 17. und 18. Jahrhunderts, durch Besitz kostbarer Objekte Macht und Einfluss zu demonstrieren. Kurator Tobias G. Natter zeigt anhand von 132 Objekten Darstellung und Verbreitung von fürstlichen Kunstsammlungen auf, wobei das 1660 entstandene Gemälde „Theatrum Pictorium (Theater der Bilder)“ des Hofmalers David Teniers d.J. im Mittelpunkt steht, das als Ge-

burtsstunde der mit druckgrafischen Reproduktionen gestalteten Bucheditionen – der so genannten „Galerienwerke“ – gilt. Das Bild gibt einen imposanten Eindruck von der Sammel Leidenschaft des habsburgischen Erzherzogs Leopold Wilhelm. Reproduktionen waren Ende des 17. Jahrhunderts zwar sehr populär, wurden in der kunsthistorischen Forschung jedoch vernachlässigt. In der Ausstellung finden sich nun nicht nur zahlreiche Ausgaben von Galerienwerken, die Sammlungen von Frankreichs König Ludwig XIV., Sachsens Kurfürst Friedrich August II. oder des österreichischen Kaisers Karl VI. zeigen, sondern auch Originale aus den jeweiligen Sammlungen, die den Reproduktionen gegenübergestellt werden. Diese zunächst unhandlichen Vorläufer der heutigen Kataloge, die u.a. als Diplomatengeschenke produziert worden waren, bilden den komplexen Zusammenhang von Theorie und Praxis des Sammelns ab und beinhalten auch Texte über die Kunst. Die Ausstellung berührt aber nicht zuletzt die heutige Transformation des Privaten ins Öffentliche und wird durch einen bibliophil gestalteten Katalog ergänzt.

„Der ewige Kaiser“ - ÖNB illustriert Mythos-Bildung Franz Josephs I.

Die Schau „Der ewige Kaiser“ beleuchtet bis zum 27. November im Prunksaal der Nationalbibliothek (ÖNB) mit dem heutigen Wissensstand die Mythos-Bildung um das 68 Jahre regierende Staatsoberhaupt aus vielen Perspektiven. Anlässlich des 100. Todestages am 21. November, soll mit 285 Exponaten, von denen der Großteil bisher nicht in der Öffentlichkeit zu sehen war, sowohl die politische als auch die symbolische Rolle des Kaisers nachgezeichnet werden. Unterrichtsmaterial, Zeichnungen und Aquarelle des jungen Franz, oder Liebesbriefe an Freundin Katharina Schratt sind der kaum bekannten Persönlichkeit hinter der Repräsentationsfigur auf der Spur. Der Prachtband „Viribus Unitis“ zum 50-jährigen Regierungsjubiläum und offizielle Schriftstücke trugen zur Image-Bildung des Kaiserlichen Medienstars bei. Thematisch ist die Ausstellung in „Parlament und Diplomatie“, „Kaiser von Österreich - Revolution“ und „Auf Reisen“ (Reiseskizzen aus Ägypten) gruppiert, erstmals werden aber auch die erst im Vorjahr entdeckten Abschiedsbriefe von Mary Vetsera präsentiert. Zusätzlich widmet sich die Gemeinschaftsausstellung „Franz Joseph“ an vier Orten – im Schloss Schönbrunn, der Wagenburg des KHM, dem Hofmobiliendepot sowie auf Schloss Niederweiden – weiteren Aspekten aus dem reichen Leben des Kaisers.

UMWELT ■ NACHHALTIGKEIT ■ TOURISMUS

Lebensmittelverschwendung 1: Initiative TafelBox

Mit der neuen wiederverwendbaren TafelBox – statt Alufolie – will die Wiener Tafel der Lebensmittelverschwendung entgegenwirken. Ziel ist es, das Einpacken übrig gebliebener Speisen in Gastronomiebetrieben salonfähig zu machen und das Bewusstsein der Konsumenten zu schärfen. Interessierte Gastronomiebetriebe bekommen im Zuge des Projektes Starterpakete, die Boxen und Werbematerialien enthalten - letztere sollen vor allem die Gäste auf die Initiative aufmerksam machen. Die kompostierbare Box ist um 50 Cent erwerbbar, 20 Cent davon werden an die österreichischen Tafeln gespendet. Mit der Bio-Transportbox soll das von vielen Gästen als peinlich empfundene und deshalb oft unterbliebene Einpacken bald zum guten Ton gehören, wenngleich lediglich 14% aller Lebensmittelabfälle in der Gastronomie anfallen würden.

Lebensmittelverschwendung 2: Lkw-Verkehr

Der Verkehrsclub Österreich (VCÖ) hat sich mit dem Transportwesen in Zusammenhang mit Lebensmittelabfällen (Haushalte, Gastronomie und Handel) auseinandergesetzt: 491.000 Tonnen würden eine Lkw-Kolonnen von Wien nach Bregenz ergeben. Der VCÖ forderte verstärkte Maßnahmen, um diese Verschwendung zu verringern, denn von rund 750.000 Tonnen Lebensmittelabfällen in Österreich sind laut Studie des Ökologie Instituts 491.000 Tonnen vermeidbar. Lebensmittelverschwendung verursacht auch viel Lkw-Verkehr, betont der VCÖ. Abgase, Klimabelastung, Straßenschäden und Staus gehören zu den Folgen. Zusätzlich fallen die direkt durch die Lebensmittelherstellung verursachten Lkw-Fahrten sowie die Transporte der Müllentsorgung an. Der VCÖ schlug vor, die Liste von Lebensmitteln, die kein Mindesthaltbarkeitsdatum benötigen, zu erweitern, die Bewusstseinsarbeit zu verstärken sowie der Kostentransparenz im Lkw-Transport Rechnung zu tragen. Österreich solle sich innerhalb der EU für eine Lkw-Mindestmaut in allen Mitgliedsstaaten stark machen, um den Transits zu verringern, ebenso wie für die Abschaffung der Steuerbegünstigung für Diesel. Jeder zehnte Transport in Österreich ist ein Lebensmitteltransport.

Umweltsiegel für „glyphosathaltige“ Gemeinden im Burgenland

Burgenländische Gemeinden, die auf den Einsatz des Pestizids Glyphosat verzichten, sollen ein Umweltsiegel erhalten, kündigte Umweltschutzrätin Astrid Eisenkopf, die eine Online-Petition gegen die Zulassung für weitere 15 Jahre durch die EU startete, im März an. Rund 400 Tonnen Glyphosat werden jährlich österreichweit aufgebracht. Während über die gesundheitlichen Auswirkungen noch gestritten wird, ist der Verlust der biologischen Vielfalt auf Grund des Pestizideinsatzes nicht zu übersehen. Im Burgenland verzichtet bereits die Landesstraßenverwaltung auf den Einsatz von glyphosathaltigen Pestiziden und auch zahlreiche Gemeinden würden im Bereich der Grünflächenpflege auf für Mensch und Natur unbedenkliche Alternativen setzen. Ab 11. Mai wird es Informationsveranstaltungen mit der Umweltschutzkommission geben.

„Seen on Earth“: Fotoschau im Kunsthaus Wien zeigt Umweltzerstörung

Die von Verena Kaspar-Eisert kuratierte Fotoausstellung „Seen on Earth“ im Kunsthaus Wien zeigt bis 30. Juni die global fortschreitende Umweltzerstörung anhand von Fotografien von Mandy Barker, Eduardo Leal und Simon Norfolk (EarthAward 2015), die auf eindringliche Weise die Auswirkungen menschlicher Eingriffe auf die Ökosysteme dokumentieren. Die Britin Mandy Barker arrangiert in ihrer Serie „Hong Kong Soup: 1826“ Plastikmüll von Stränden zu visuell ansprechenden Objekt- bzw. Müllgruppen. Der Portugiese Eduardo Leal hat in der bolivianischen Hochebene Altiplano Plastiksäcke fotografiert, die sich in Büschen verfangen haben („Plastic Trees“, 2014), während Simon Norfolk den dramatischen Rückgang des Lewis-Gletschers auf dem Mount Kenya dokumentiert („When I Am Laid In Earth“. 2014).

Heimische Wälder dürften durch Klimawandel Gesicht verändern

Die Marktlage der Forstwirtschaft hat sich 2015 verschlechtert. Wegen der wärmeren Winter ist der Energieholzbedarf 2015 um rund 30% eingebrochen, noch nie wurden so viele Waldbrände gezählt (281) und der Schädling Borkenkäfer fand ideale Brutbedingungen vor. Klimabedingt dürften die heimischen Wälder auch ihr Gesicht langsam ändern. Anstatt Fichten oder Eichen kommen Lärchen und Roteichen in Frage, während man bei Tannen künftig auf Samen aus dem südlicheren Apennin zurückgreifen könnte.